

Seniorenpolitik in Nürnberg – Schwerpunkte und Perspektiven der Arbeit von Seniorenamt und Stadtseniorenrat

Anmeldung

zur Tagesordnung der Sitzung
des Stadtrates
am 9. April 2003

- öffentlicher Teil -

I. Sachverhalt

1. Senioren als wachsende Bevölkerungsgruppe: Die demographische Entwicklung

Was bedeutet es für eine Stadt wie Nürnberg, dass schon heute

- ♦ jeder 4. Einwohner älter als 60 Jahre,
- ♦ jeder 5. Einwohner älter als 65 Jahre,
- ♦ fast jeder 10. Einwohner (genau 8,5 %) älter als 75 Jahre ist und
- ♦ der Anteil der über 60-Jährigen an der Erwachsenenbevölkerung (also der über 18-Jährigen) rund 30 % ausmacht?
- ♦ zwar mit 94,7 % der weit überwiegende Teil der über 60-Jährigen in der eigenen Wohnung lebt, aber 45 % der Seniorenhaushalte Einpersonen (und weitere 41 % Zweipersonenhaushalte) sind?

Welche Handlungsfelder und welche Pflichten ergeben sich für ein Gemeinwesen,

- ♦ in dem die Zahl der über 65-Jährigen bis 2050 um 15 % ansteigt?
- ♦ in dem die Zahl der Hochaltrigen (also der über 75-Jährigen) bis 2050 um 26 % (das sind 11.000 Personen) auf 52.400 Einwohner ansteigt?
- ♦ in dem sich z. B. die Zahl der 100-Jährigen in den letzten 20 Jahren um 700 % gesteigert hat und weiter steigen wird?

Schon seit langem stellen sich in Nürnberg engagierte Bürger, Organisationen und Institutionen dieser „demographischen Herausforderung“. Durch die Aktivitäten von Rat und Verwaltung, von Wohlfahrtsverbänden, von gewerblichen Trägern und nicht zuletzt durch das Engagement der Bürger selbst in Vereinen, Initiativen und Selbsthilfegruppen gibt es mittlerweile ein sehr breites und vielfältiges Spektrum von Angeboten, Dienstleistungen und Hilfen für Senioren.

Allein die Initiativen von Bürgern reichen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – von der Altenakademie e.V., dem Seniorenfunk „Spätzünder“, dem Seniorentheater „Tempo 100“, dem 1. Nürnberger Seniorenchor, dem Zentrum Aktiver Bürger, den ehrenamtlichen Mitarbeitern im „Stadtführerprojekt“ oder der „Senioreninitiative Nürnberg e.V.“ bis zu Hospizvereinen, den zahlreichen Besuchsdiensten, der Angehörigenberatung e.V. und einer Fülle von Selbsthilfegruppen bei Krankheit und Pflege.

Alles dies wurde und wird von der Stadt gefördert und – sehr häufig auch finanziell – unterstützt. Das in der Nürnberger Sozialpolitik traditionelle Zusammenwirken von Bürgern, Verbänden, Trägern und der Stadt schafft hier ein positives, partnerschaftliches Klima, das auch bei Meinungsverschiedenheiten und Konflikten einvernehmliche und konstruktive Lösungen möglich macht. Dieses Zusammenwirken zeigt sich beispielsweise im Forum Altenhilfe, in der Pflegekonferenz oder in der Kooperation mit den einschlägigen Einrichtungen im Klinikum und an den Hochschulen.

Der folgende Überblick über Konzeption und Umsetzung kommunaler Seniorenpolitik durch Seniorenamt und Stadtseniorenrat kann keine ausführliche Bestandsaufnahme aller Leistungen sein, die insgesamt in Nürnberg für und mit Senioren und Einrichtungsträger erbracht werden. Eine solche ist für den Bürger im „Leitfaden für Senioren“ aufbereitet, würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen und bleibt deswegen der laufenden Berichterstattung im Fachausschuss vorbehalten.

Auch wenn die Bandbreite der Aktivitäten sichtbar wird ist dies auch kein Tätigkeitsbericht von Stadtseniorenrat und Seniorenamt. Die Beschränkung erfolgt vielmehr auf die Aufgaben, die im gemeinsamen Handeln von Stadtrat, Stadtseniorenrat und Ref V/SenA im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen von nachhaltiger Bedeutung sind.

2. „Das Alter“ gibt es nicht

2.1 Senioren als heterogene Zielgruppe

Vielfalt – dies trifft, von der Öffentlichkeit (noch) zu wenig wahrgenommen, heute auf die so genannte „letzte Lebensphase“ (die immerhin 30 - 40 Jahre umfassen kann) stärker zu, als auf die anderen zuvor. Die Bandbreite von individuellen Lebenssituationen reicht vom "unabhängigen, gut situierten, gebildeten, gesunden, mobilen, interessierten und in sein Lebensumfeld integrierten Senior" bis zum "armen, chronisch körperlich kranken, dementen, einsamen, aller möglichen Hilfen bedürftenden, aber sich nicht auskennenden alten Menschen" – und allen Varianten dazwischen.

Die Unterschiede innerhalb der älteren Generation sind – gemessen an Finanzkraft, Bildung, sozialen Kontakten, Einstellungen, Lebensgewohnheiten und Gesundheit – oft größer als zwischen den Generationen.

2.2 Alterstypische Risiken

Trotzdem wäre es ein Trugschluss zu glauben, dass es deswegen keine **alterstypischen** Lebenslagen gäbe. Auch wenn alte Menschen an sich keine Problemgruppe sind, so gehen doch mit zunehmendem Lebensjahren folgende Risikofaktoren einher:

- ♦ das Ausscheiden aus dem Berufsleben (für den Teil, der erwerbstätig war) und das damit nicht selten einhergehende Gefühl des Verlustes von Status und Wertschätzung,
- ♦ der Weggang von Kindern und die damit verbundene Abnahme der Kontakte zwischen den Generationen sowie der möglichen familiären Unterstützung,
- ♦ eine weit gehende Verfügbarkeit von Zeit bei gleichzeitig abnehmenden Aufgaben,
- ♦ die Notwendigkeit einer Neuorientierung, die als bereichernd, aber – nicht selten – auch als Krise wahrgenommen wird.
- ♦ Hinzu kommen erste, oft relativ harmlose, gesundheitliche Einschränkungen und die Erkenntnis, dass diese Einbußen von Leistungsfähigkeit und Mobilität zunehmen werden.

Solche Risikofaktoren erhöhen – vor allem, je mehr sie kumulieren - die Gefahr von Isolation und Einsamkeit, begünstigen Sinn- und Orientierungskrisen, Unzufriedenheit, den Rückgang von Aktivitäten sowie den Rückzug in Krankheit und beschleunigen in letzter Konsequenz Hilfs- und Pflegebedürftigkeit.

Da dies nicht nur individuelles Schicksal für den Betroffenen ist, sondern weit reichende (auch finanzielle) Folgen für die Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene hat, ist der Ausgleich dieser Faktoren auch für die Kommunen ein wesentlicher seniorenpolitischer Ansatzpunkt.

3. Grundlegende Ziele und Aufgaben kommunaler Seniorenpolitik

Kommunale Seniorenpolitik ist nicht nur eine Sparte von Sozialpolitik, sondern muss mit je nach Lebenslage unterschiedlichen Angeboten auf letztlich **zwei zentrale Ziele** hinarbeiten:

- (1.) Kommunale Seniorenpolitik muss es älter werdenden Menschen ermöglichen, lange und bei guter psychischer und körperlicher Gesundheit zu Hause zu leben und dabei am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie muss zur Prävention von „Risikolagen“ beitragen, indem Handlungsfelder eröffnet werden, die soziale Integration unterstützen, Kompetenzen erhalten und Partizipation ermöglichen.**
- (2.) Kommunale Seniorenpolitik muss für diejenigen, die nicht alleine zurecht kommen, ein ausreichendes, abgestuftes Netz helfender Infrastruktur bereit stellen – von der Beratung über die Förderung und Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten bis hin zur adäquaten pflegerischen Versorgung – und dafür Sorge tragen, dass diese Angebote dem Einzelnen leicht zugänglich sind.**

Diese Ziele sind nicht allein dem sozialen Denken und Handeln verpflichtet (weil sich in ihnen die Wünsche der Senioren widerspiegeln) oder Ausfluss der Infrastrukturverantwortung im Rahmen der Daseinsvorsorge. Sie machen auch aus volkswirtschaftlichen Gründen Sinn:

Je mehr es gelingt, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit vorzubeugen und den Zeitraum der häuslichen Versorgung zu verlängern, desto weniger wird besonders der Zuwachs der über 75-Jährigen für die Kommune zu finanziellen Mehrbelastungen (von der Investitionskostenförderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen bis zur Sozialhilfe) führen.

Auch deshalb muss kommunale Seniorenpolitik dazu beitragen, die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen, zu erhalten und zu verbessern, die „Markttransparenz“ fördern und diese Infrastruktur auf allen Ebenen leicht zugänglich machen. Dieser Beitrag besteht:

- im Anstoßen und in der Unterstützung von Initiativen und Projekten,
- in eigenen (traditionellen und innovativen) Angeboten,
- in der Ermöglichung von Partizipation der Senioren an Entscheidungsprozessen,
- in neutraler Information und Beratung,
- in finanzieller Förderung von Angeboten anderer Träger,
- in der Beobachtung der Entwicklungen und Aufbereitung der Konsequenzen für die Entscheidungsträger,
- in der Vertretung von Senioreninteressen gegenüber den Entscheidungsträgern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene,

4. Seniorenpolitik als Querschnitt- und Fachaufgabe

Aufgrund der zahlenmäßigen Zunahme der Senioren, der Bandbreite der Lebenssituationen und des Zieles der Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen – d.h. am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen - Leben ist auch Politik für die Zielgruppe der Senioren eine **Querschnittaufgabe**. Alle Bereiche der Kommunalpolitik von der Stadtentwicklungs- und Wohnungs- über die Verkehrs- und Wirtschafts- bis zur Bildungs- und Kulturpolitik müssen die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen stärker als bisher berücksichtigen.

Senioreninteressen sind dabei in den meisten Fällen keine Partikularinteressen, sondern deckungsgleich mit anderen Gruppen. So dienen z.B. mobilitäts erleichternde Maßnahmen im öffentlichen Raum auch Müttern mit Kinderwagen. Bedienungsfreundliche Elektrogeräte sind nicht nur für Senioren lebenserleichternd.

Da dies offensichtlich nicht von selbst geht, weil diese Bedürfnisse zu wenig bekannt sind oder der Zugang zu „den Senioren“ ohne Know-How (gerontologische Fachkompetenz) nicht gelingt, muss Seniorenpolitik als **Fachaufgabe** für die Senioren die Umsetzung voran bringen. Fachpolitik geht damit über den Bereich der gesetzlich zugewiesenen Verantwortung für die Infrastruktur bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit hinaus. Zumindest ebenso wichtig sind die präventive offene Seniorenarbeit und die Partizipation der Senioren.

5. Organisation kommunaler Seniorenpolitik in Nürnberg: Seniorenamt und Stadtseniorenrat

Eine ganzheitliche Sicht von Seniorenpolitik legt die Bündelung aller einschlägigen fachpolitischen kommunalen Aktivitäten und Angebote in einer eigenständigen Organisationseinheit „unter einem Dach“ nahe. In Nürnberg

- wurden 1993 mit dem Seniorenamt die Weichen in die richtige Richtung gestellt.
- wurde 1994 mit der Satzung des Stadtseniorenrates die Grundlage für eine funktionsfähige Seniorenvertretung geschaffen.
- wurde 1999 nach Abtrennung des NüSt als Einrichtungsbetrieb das Seniorenamt als eigenständige Dienststelle beibehalten. Begründung im damaligen Gutachten des OrgA für den Stadtrat war, dass „die Vorteile, die durch die Bündelung der städtischen Ressourcen für Seniorenfragen mit Gründung des Seniorenamtes geschaffen wurden, künftig nicht preisgegeben werden (sollen)“. Eine eigenständige zentrale Stelle als Kristallisationspunkt für Seniorenfragen sei notwendig für eine offensive Ausrichtung kommunaler Daseinsvorsorge für Senioren.

Ziele, Philosophie, Arbeitsfelder und Arbeitsweise des Seniorenamtes wurden im Jahr 2001 im Leitbild (vgl. Beilage) niedergelegt. Seit Juli 2002 sind die Angebote des Seniorenamtes und des Stadtseniorenrates auch im Internet unter www.senioren.nuernberg.de, bzw. www.stadtseniorenrat.nuernberg.de zu finden.

Beim Seniorenamt sind derzeit Mitarbeiter/innen im Umfang von 20,65 rechnerischen Vollzeitkräften beschäftigt. Seniorenamt und Stadtseniorenrat kosten jährlich 3,7 Mio €. - dies entspricht einem Anteil am städtischen Haushalt von **2,8 Promille**. Davon sind

- 1,6 Mio € (= 43 %) Zuschüsse an Dritte,
- 2,1 Mio € (= 57 %) eigentliche Betriebskosten.

Im Folgenden wird nun ein Überblick gegeben,

- welche **Angebote** gegenwärtig gemacht werden, um den unterschiedlichen Bedürfnissen älteren Menschen Rechnung zu tragen und zugleich „Bedürftigkeit“ entgegen zu wirken,
- welcher **Handlungsbedarf** künftig besteht. Daraus wird auch deutlich, was geschieht, wenn dem nicht rechtzeitig und nicht ausreichend Rechnung getragen wird.

6. Prävention zur Förderung von Kompetenz und Selbständigkeit

6.1 Beratung und Information

Ein zentraler Kristallisationspunkt zur Orientierung in allen Bereichen der Angebote für ältere Menschen ist die Sicherstellung von qualitativ guter und quantitativ ausreichender Beratung und Information durch die neutrale Informations- und Beratungsstelle im Seniorenamt.

Seit dem ersten vollständig erfassten Beratungsjahr 1997 ist die Zahl derer, die diese Beratungsstelle in Anspruch genommen haben, um 63 %, von 1.316 auf 2.156 im Jahre 2002 angewachsen. (Hierbei wurden allerdings "nur" die tatsächlichen Beratungen erfasst und nicht die "Kontakte" z. B. beim Ausreichen von Informationsmaterial.)

Diese Steigerung macht deutlich, dass es immer mehr Menschen gibt, die – einhergehend mit dem Alter - auf Grund der Komplexität der Versorgungs- und Finanzierungssysteme der Beratung bedürfen. Ein Großteil der Rat Suchenden sind nicht betroffene Senioren selbst, sondern deren Angehörige (59 % im Jahre 2002).

Die Beratung wird unterstützt durch Herausgabe aktueller allgemeiner und nürnbergspezifischer Informationsmaterialien wie dem Leitfaden für Senioren (zu weiteren InfoMaterialien vgl. Tz. 7.5), sowie durch den Auftritt des Seniorenamtes im Internet.

➤ Künftiger Bedarf:

- ♦ Das Anwachsen der Zahl der älteren Menschen und mit ihr der betroffenen Angehörigen,
- ♦ die inhaltlichen Veränderungen auf Grund der anstehenden Gesetzesänderungen im Gesundheits-, Altenhilfe- und Pflegebereich
- ♦ und nicht zuletzt die qualitativen Veränderungen im Anspruch der Rat Suchenden und die stetige wie notwendige Erweiterung der Beratungsbereiche (Angebote zur Knüpfung sozialer Kontakte, Vorsorgevollmachten, Betreutes Wohnen, „weiche“, nicht versicherungsfianzierte, hauswirtschaftliche Leistungen etc.)

werden den Beratungsbedarf zwangsläufig weiter anwachsen lassen.

6.2 Offene Seniorenarbeit: Maßnahmen und Projekte

Offene Seniorenarbeit trägt dazu bei, Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder „zumindest“ zu verzögern. Nach § 75 Bundessozialhilfegesetz geht es darum, „*Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeiten zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzuhaben.*“ Nach § 3a BSHG (Vorrang der offenen Hilfen) hat die Stadt hier die Infrastrukturverantwortung für Angebote der Prävention und der Erhaltung und Verbesserung von Lebensqualität.

Dies beinhaltet je nach Lebenssituation sowohl traditionelle, mehr „fürsorgliche“ Angebote als auch solche, die Eigeninitiative, Einbindung von Ressourcen und Kompetenzen der Älteren für bürgerschaftliches Engagement und Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen.

Dabei geht es auch darum, dass sich Senioren als Teil des Gemeinwesens in der Kommunalpolitik „wiederfinden“. Projekte zur Förderung des Generationendialoges oder z.B. die vom Stadt seniorenrat zuletzt angestoßene Diskussion um (verdeckte oder offene) „Altersdiskriminierung“ dienen zur Vorbeugung einer möglichen Eskalation von Generationenkonflikten.

Als Ausfluss des Subsidiaritätsprinzipes ist es nicht Ziel, „alles selbst zu machen“, sondern vorzudenken, mit Projekten innovative Angebotsformen zu entwickeln, praktisch zu erproben

- und anschließend entweder in die Eigenverantwortung der Senioren zu übergeben oder
- sich mit anderen Trägern, Initiativen oder Selbsthilfegruppen zu vernetzen.

In fünf Handlungsfeldern wird nun eine Reihe von Projekten und Angeboten offener Seniorenarbeit in Nürnberg vorgestellt.

6.2.1 Förderung sozialer Integration

Weder die aufgrund ihrer Medienpräsenz bevorzugt wahrgenommenen „jungen Alten“, noch viele ältere Menschen in Pflegeheimen repräsentieren „das Alter“. Es gibt unverändert Senioren, die aufgrund ihrer Einschränkungen zwar in der eigenen Häuslichkeit, aber häufig auch sozial isoliert leben. Diese dürfen nicht aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Einzelfallhilfe mit ehrenamtlichem Besuchsdienst

Der ehrenamtliche Besuchsdienst für zu Hause lebende ältere Menschen, die ohne fremde Hilfe nicht mehr am öffentlichen Leben teilnehmen können, ist mit rund 80 freiwillig engagierten Helferinnen und Helfern inzwischen der größte in Nürnberg. Eng mit ihm verbunden ist das Hochbetagten-Projekt des Seniorenamtes.

Durch ihre Besuche sind die engagierten Helfer/-innen verlässliche Gesprächspartner, die den Senioren Aufmerksamkeit und Zuwendung schenken. Mit ihrer Hilfe können die Älteren – manchmal erstmals seit vielen Jahren – etwas zu unternehmen. Dazu gehören beispielsweise Spaziergänge oder kleine Ausflüge. Daneben unterstützt der ehrenamtliche Besuchsdienst die Älteren bei ihrer Alltagsbewältigung.

In den 20 Jahren seines Bestehens hat der Besuchsdienst rund 560.000 Stunden freiwilliger Hilfe geleistet. Dabei sind meist über viele Jahre hinweg (zeit-)intensive Kontakte und langfristige Bindungen entstanden. Dies unterscheidet dieses Angebot von vielen anderen Freiwilligen-Initiativen.

Hochbetagtenprojekt

Unter dem Motto „Hochbetagt und trotzdem reisen“ wurde von SenA 1998 ein Konzept mit dem Ziel entwickelt, hochbetagten, körperlich beeinträchtigten, vereinsamten und zudem finanziell schlecht gestellten Älteren den Aufbau neuer sozialer Netze zu ermöglichen.

Mit Unterstützung des ehrenamtlichen Besuchsdienstes wird seither halbjährlich eine einwöchige betreute Erholungsfahrt mit je 17 Hochbetagten durchgeführt. Insgesamt haben 128 ältere Bürger teilgenommen. Die Hälfte der Teilnehmer hat Pflegestufe I oder II. Es handelt sich dabei um Menschen, die häufig auch aus Schamgefühl den Kontakt zu finanziell oder gesundheitlich besser gestellten Menschen meiden. Es konnten mit diesem Angebot Menschen erreicht werden, die seit zehn Jahren nicht mehr aus ihrer Wohnung gekommen sind.

Die Fahrt mit Haustürabholung umfasst neben geselligen Unternehmungen kreative Angebote, gruppenspezifische Übungen zum Aufbau von Kontakten, Gymnastik sowie Gedächtnis- und Entspannungsübungen. Damit wird die Gesundheit der Teilnehmer gefördert, sie erhalten Anregungen für die Bewältigung des Alltags, erleben das Gefühl der Zugehörigkeit und knüpfen neue Kontakte. Zur Stabilisierung dieser Kontakte finden monatliche Stammtische für alle bisherigen Reisetilnehmer statt.

Selbsthilfegruppe für Menschen im Frühstadium einer Demenz

Die Zahl demenzkranker Menschen steigt, wobei diese Erkrankungen immer früher erkannt werden. Für Frühbetroffene existieren aber keine psychosozialen Unterstützungsangebote (wie z.B. für Krebspatienten). Deshalb wurde modellhaft das Angebot einer angeleiteten Selbsthilfegruppe für Menschen im Frühstadium einer Demenz entwickelt und mit dem Ziel erprobt, die noch vorhandenen Potenziale der Betroffenen zu aktivieren und zu nutzen, um zu ihrer psychischen Unterstützung und Stabilisierung sowie zur Aufrechterhaltung ihrer Selbstständigkeit beizutragen.

Über die geriatrische Tagesklinik im Klinikum und über niedergelassene Neurologen wurden im Laufe der einjährigen Projektphase zwei Gruppen mit Betroffenen aufgebaut und dort Angebote zum Umgang mit Konzentrations-, Gedächtnis- und Orientierungsproblemen, sowie zur seelischen Entlastung durch den Erfahrungsaustausch mit anderen Betroffenen entwickelt. Ergebnis war, dass die Aktivitätsverluste geringer wurden, Gefühle von Ängstlichkeit seltener auftraten, sowie das allgemeine psychische Erleben positiv beeinflusst wurde.

Nach dieser Pilotphase wurde das Konzept an die Angehörigenberatung e.V. Nürnberg vermittelt, die es in das regelmäßige Angebot der Beratungsstelle übernommen hat und seither erfolgreich weiterführt. Die Erkenntnisse aus diesem innovativen Modellprojekt fanden zudem überregional große Beachtung in der Fachöffentlichkeit.

➤ Künftiger Bedarf

Durch die weiter anwachsende Zahl der Hochbetagten gewinnt neben der häuslichen pflegerischen Versorgung die soziale Betreuung und damit die Hilfe durch Ehrenamtliche weiter an Bedeutung. So sollten die bisher modellhaft beim Hochbetagtenprojekt erprobten Formen einer zugehenden offenen Altenarbeit weiter entwickelt werden. Hier ist daran gedacht wohnortnahe nachbarschaftliche Netzwerke aufzubauen, um das Konzept der Angebote für Hochbetagte auch stadtteilorientiert umzusetzen und noch mehr Menschen zu erreichen und unterstützen zu können.

Allerdings ist für die Gewinnung und Motivation Ehrenamtlicher eine professionelle Begleitung unentbehrlich. Ein wesentliches Ergebnis des Bundesmodellprogrammes „Altenhilfestrukturen der Zukunft“ war es auch, dass Netzwerke nicht von alleine entstehen und halten, sondern professionelle Begleitung brauchen.

Schon heute übersteigen die Nachfragen von Älteren selbst oder auch von Sozial- und Pflegediensten nach Unterstützung durch den ehrenamtlichen Besuchsdienst oder die Warteliste bei den Hochbetagtenreisen und Stammtischen die vorhandenen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kapazitäten. Soll das Versorgungsniveau mit Ehrenamtlichen erhalten und ausgebaut werden, so sind weitere Kapazitäten für Beratung, Fortbildung, Einzelfallhilfen und Koordinationsleistungen erforderlich.

6.2.2 Förderung von Medienkompetenz

In unserer Informations- und Kommunikationsgesellschaft ist zur Erhaltung von Selbständigkeit im Alter die Akzeptanz und die Beherrschung neuer elektronischer Hilfs- und Kommunikationsmittel eine wesentliche „Schlüsselkompetenz“. Bei deren Vermittlung müssen aber die Lerngewohnheiten und die Lernkultur Älterer berücksichtigt werden. So beklagen interessierte Senioren häufig, dass sie die bestehenden Angebote deshalb nicht in Anspruch nehmen, weil ihnen die Lerngeschwindigkeit der Jüngeren zu hoch ist, diese mit mehr Vorerfahrungen in Kurse kommen und die auf jüngere Menschen orientierte „Computersprache“ abschreckt.

Auf Initiative und mit Unterstützung des Seniorenamtes wurde deshalb mit engagierten Senioren der **Computer-Club Nürnberg für Senioren (CCN 50plus)** konzipiert und realisiert. Nach zwei Jahren hat der Trägerverein CCN 50plus 660 Mitglieder – die Hälfte davon Frauen. In freiwilligem Engagement haben Senioren 5.040 älteren Teilnehmern in 361 Kursen und 7.350 Kursstunden Fertigkeiten im Umgang mit PC und Internet vermittelt und ihnen damit den Zugang zu den modernen Kommunikationsmedien geebnet. Die Senioren betreiben darüber hinaus ein Internetcafé und verwalten in Eigenverantwortung die Einrichtung mit Kursbetrieb und den Vereinsaktivitäten.

Mit dem Internetcafé und anderen sozialen, kommunikativen Angeboten erreicht der CCN 50plus insgesamt rund 2.000 Besucher pro Jahr. Durch das selbstverwaltete Computer-Centrum ist schließlich eine Begegnungsstätte „neuen Typs“ für eine „neue Generation“ älter werdender Menschen in Nürnberg entstanden.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für diesen Ansatz ist der derzeit entstehende „**VideoClub 50+**“. Solche Aktivitäten wirken integrativ und bieten darüber hinaus auch ein attraktives Feld für freiwilliges Engagement.

➤ Künftiger Bedarf

Wie beim CCN 50+ muss auch künftig vorhandene gerontologische Kompetenz eingesetzt werden, um Entwicklungen – wie die fortschreitende Technologisierung des Alltagslebens – in ihrer Bedeutung für Senioren zu erkennen, aufzugreifen, mit den Betroffenen innovative Konzepte zu entwickeln und zu erproben. Damit werden Impulse für Aktivitäten und die Schaffung von Kommunikations- und selbstverwalteten Versorgungsstrukturen gegeben.

Da neue Medien und neue technische Hilfsmittel hilfebedürftigen Senioren die Chance eröffnen, das Leben in der eigenen Häuslichkeit zu erleichtern, Mobilität zu fördern und den Kontakt zur Gesellschaft nicht zu verlieren, muss die Medienkompetenz der Senioren weiter gefördert und unterstützt werden.

6.2.3 Vermittlung von Marktkompetenz

Mehr als je zuvor haben Senioren heute die Möglichkeit, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten sowie gesundheitlich und finanziell vorzusorgen. Kehrseite dieser Entwicklung ist die wachsende Unübersichtlichkeit der Angebote (etwa in den Sektoren Beratung, Pflege, Wohnen, Reisen, Technik, Medien). Die wachsenden Angebote erhöhen aber auch den Druck, selbstverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Dies wird umso schwieriger, je mehr der „freie Markt“ die Senioren als kaufkräftige und konsumfreudige Generation entdeckt.

Seniorenpolitik hat hier die Aufgabe, Verbraucheraufklärung zu betreiben, Entscheidungshilfen zu geben und neutral über die Produkte, Dienstleistungen und Einrichtungen zu informieren, die Selbstständigkeit und Lebensqualität im Alter fördern können.

Nürnberger Seniorentage und Gesundheitstage des Bayerischen Rundfunks

Um diesen neuen Anforderung gerecht zu werden, hat das Seniorenamt den traditionellen „Tag der älteren Generation“ zu den „Nürnberger Seniorentagen“ - einer Kombination aus Verbraucherausstellung und inhaltlichem Tagungsprogramm - weiterentwickelt. Dabei präsentieren sich nicht nur kommerzielle Anbieter, sondern auch Wohlfahrtsverbände sowie Organisationen, Einrichtungen und Initiativen der Seniorenarbeit. Die erstmals 2002 in dieser Form vom Seniorenamt durchgeführten Seniorentage zeigten mit 5.300 Besuchern das sehr hohe Informationsbedürfnis.

Fachliche Beratung und Unterstützung des Seniorenmagazins sechs+ sechzig

Das den Nürnberger Tageszeitungen vierteljährlich beigelegte Magazin „sechs+sechzig“ hat mit einer Auflage von 230.000 Exemplaren in der kurzen Zeit seines Bestehens einen hohen Stellenwert erhalten. Mit Reportagen, Ratgeberseiten, Kurzinformationen und einem Veranstaltungskalender vermittelt es älter werdenden Menschen in verständlicher und unterhaltsamer Form Orientierungen zur Lebensgestaltung, gibt Anregungen zur Förderung körperlicher und geistiger Aktivität und Gesundheit, konfrontiert die Leser mit kontroversen Positionen, Alternativen und Entwürfen für ein Leben im Alter und regt zur kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Älterwerden an.

Das Seniorenamt ist in der Redaktionsgruppe (Sozialexperten und namhafte Redakteure aus der Region) inhaltlich beratend tätig, gibt Impulse für Themen, die aufgegriffen werden sollten und vermittelt Informationen und Kontakte zu wichtigen Gesprächspartnern aus der Fachwelt sowie aus der Gruppe der Senioren selbst.

Innovationszentrum Senioren und Wirtschaft (IWS)

Mit dem IWS ist ein gemeinnütziges Informations-, Beratungs- und Begegnungszentrum für **Senioren** und **Unternehmen** geplant. Obwohl beide voneinander stark profitieren können,

- weil private Anbieter von Gütern und Diensten ihre Produktpalette in allen Bereiche an die wachsende und z.T. sehr kaufkräftige Altersgruppe älterer Menschen anpassen, umstellen oder ausweiten müssen,
- weil die Verfügbarkeit und die Bereitschaft zur Nutzung innovativer Produkte wesentlich dazu beiträgt, dass die Lebensqualität von Senioren erhalten bleibt und auch bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ein längeres Verbleiben in der eigenen Wohnung möglich ist,

gibt es bei beiden Gruppen noch immer große „Berührungsängste“. Diese zeigen sich

- bei Senioren in mangelndem Wissen über lebenserleichternde Produkte und in Zurückhaltung bei der Akzeptanz solcher Angebote.
- bei der Wirtschaft in mangelndem Wissen über die wachsende Bedeutung dieser Nachfragergruppe und an den Schwierigkeiten, Zugang zu dieser Gruppe zu bekommen.

Um solche Hemmnisse zu überwinden, ist mehr als auf anderen Märkten als Vorleistung Information, Beratung und Förderung des Dialoges notwendig. Das IWS soll bestehen aus :

- einer Dauerausstellung mit „best practice“ - Beispielen aus den Bereichen: Unterhaltungs- und Kommunikationstechnik, häusliche, „intelligente“ Technik und Sicherheitstechnik zur Erleichterung von Haushaltsarbeiten, Vermeidung von Unfällen und Unterstützung von Pflegeleistungen,
- einem Veranstaltungszentrum mit Gastronomie für Vorträge, Seminare und Sonderveranstaltungen für Handwerker, Architekten, Dienstleister, Senioren und Angehörige und
- einem Senioren-Service-Zentrum mit Multi-Media-Bereich als immer zugänglicher und über die Ausstellung hinaus attraktiver Treffpunkt.

Projekträger sind der Förderverein Altersforschung und Gerontechnologie (AGEin e.V.) und das Seniorenamt. Für den Aufbau und den Betrieb des IWS wird als Trägerorganisation ein Unternehmen in der Rechtsform einer GbR, einer Stiftung oder einer gGmbH gegründet. Für die Geschäftsführung ist ein „Centermanagement“ aus hauptamtlichen Mitarbeitern für die Gesamtleitung, für das Senioren-Service-Zentrum und für Verwaltung erforderlich.

Finanziell soll sich das IWS nach einer zweijährigen Anlaufphase selbst tragen, d.h. Personal- und Betriebsausgaben werden im wesentlichen durch Einnahmen aus Ausstellungsmieten, Fortbildungs- und Ausbildungsveranstaltungen erwirtschaftet. Die Umsetzung stockt seit einiger Zeit, weil es noch nicht gelungen ist, für die notwendige Anschubfinanzierung (rd. 0,8 Mio €) ausreichend Quellen zu erschließen.

➤ **Künftiger Bedarf**

Die Tendenz zur Zunahme von Märkten oder zumindest marktähnlichen Strukturen bei Angeboten und Dienstleistungen für Senioren und der zunehmenden „Erschließung“ der Senioren als kaufkräftige und konsumbereite Nachfragergruppe wird unverändert anhalten. Schattenseite dieser Entwicklung ist, dass der Marktmechanismus in einem Bereich, der häufig durch Notsituationen und mangelnde Marktcompetenz beider Seiten gekennzeichnet ist nur bedingt optimale Ergebnisse erbringt, sondern häufig die Senioren benachteiligt. Aus diesem Grund müssen zukünftig verstärkt Entscheidungshilfen angeboten, Informationen über Produkte und Dienstleistungen vermittelt, Markttransparenz geschaffen und damit Verbraucherschutz umgesetzt werden.

6.2.4 Vermittlung neuer Erfahrungsfelder

Seniorenarbeit hat als Querschnittsaufgabe damit auch die Aufgabe, in Bereichen wie z.B. Kultur und Bildung eine seniorenspezifische Perspektive zu vermitteln und umgekehrt älteren Menschen Bereiche zu erschließen, zu denen sie aus verschiedenen Gründen weniger gut Zugang finden. Das Seniorenamt kooperiert hierzu mit anderen Trägern und organisiert gemeinsame Veranstaltungen und Projekte.

Nürnberger Projektreihe „Alt & Jung“

Tatsächlich haben durch die Individualisierung der Lebensstile und die sinkenden Haushaltsgrößen die Möglichkeiten und die Bereitschaft zum Dialog zwischen den Generationen abgenommen. Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen (etwa im Gesundheitswesen) und im Zusammenhang mit der finanziellen Alterssicherung wird seit Jahren immer wieder auf einen drohenden „Generationenkonflikt“ hingewiesen. Deshalb kommt es darauf an, die auseinander driftenden Lebensräume von Jugendlichen und Älteren wieder stärker zu verknüpfen und Möglichkeiten zum Dialog zu geben.

Deshalb wurde vom Seniorenamt die Nürnberger Projektreihe „Alt & Jung“ initiiert, eigene generationenübergreifende Aktivitäten realisiert und auch andere Veranstalter dafür sensibilisiert, das Thema aufzugreifen (z.B.: bei der Kinder- und Jugendbuchmesse der Stadtbibliothek). In vielen Projekten wurden Kontakte zwischen Kindern, Jugendlichen und Senioren hergestellt, die in gemeinsamen Aktivitäten voneinander lernten, miteinander gestalteten und dabei Erfahrungen austauschten. Alle Projekte wurden in einer ausführlichen Dokumentation veröffentlicht. Jüngstes Beispiel ist die Aktion einer Schülerfirma, die bei den letzten Nürnberger Seniorentagen das Erlernen oder Vertiefen des Umgangs mit dem Handy anbot.

Dieser Ansatz trägt auch zur Förderung von Lebensqualität im Alter bei. Senioren erlebten im Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen, wie mit Generationenunterschieden konstruktiv gearbeitet werden kann. So berichteten an Projekten beteiligte Senioren, nach der gemeinsamen Arbeit selbstbewusster und toleranter jüngeren Menschen gegenüber aufzutreten.

„Treffpunkt Theater“

Dieses Angebot, das das Seniorenamt gemeinsam mit dem Stadtseniorenrat, der Arbeiterwohlfahrt und dem Theater Nürnberg durchführt, entstand aus der Beobachtung, dass ältere Menschen trotz Interesses an Oper oder Schauspiel entsprechende Aufführungen weniger häufig besuchen, weil sie in den Abendstunden nicht mehr gerne aus dem Haus gehen oder vor modernen und für sie unverständlichen erscheinenden Inszenierungen zurückschrecken.

Um hier auch für kulturell weniger aktive Senioren eine „Brücke“ zur Kultur zu schlagen, wurden gesonderte (und preislich vergünstigte) Veranstaltungen am Nachmittag organisiert und durch flankierende Angebote wie Vor- und Nachbesprechungen zu den Inszenierungen mit Dramaturgen oder Darstellern und Führungen hinter die Kulissen ergänzt. Darüber hinaus soll ein Theaterclub für Ältere aufgebaut werden, der neben der Auseinandersetzung mit „Theater heute“ auch Formen zur gemeinsamen Organisation von Theaterbesuchen in den regulären Aufführungen am Abend organisieren möchte.

➤ Künftiger Bedarf

An diesen Beispielen wird deutlich, dass Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe den fachlichen Antriebsmotor braucht, der Impulse gibt, der Sichtweisen, Bedürfnisse und Interessen der älteren Menschen aufgreift, Vermittlungsfunktion übernimmt und in Kooperationen nachhaltige Aktivitäten umsetzt. Der Bedarf an solchen Projekten wird – da die Bedeutung dieser Querschnittsaufgabe zunimmt – zwangsläufig weiter steigen.

6.2.5 Förderung von Kommunikation und sozialer Kontakten

Wie zuletzt wieder eine Studie der der Universität Göttingen über den Zusammenhang zwischen der Häufigkeit psychischer Störungen und körperlicher Erkrankungen bei Menschen über 65 Jährigen ergab, sind soziale Kontakte im Alter die besten „Muntermacher“: Während z.B. 64 % der Menschen mit lediglich 20 Sozialkontakten im Monat Depressionen hatten, waren diejenigen mit 120 monatlichen Kontakten nur zu 12% betroffen. Ähnlich sind auch die Ergebnisse der Studie „Selbständigkeit im höheren Lebensalter“ (SIMA) der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veranstaltungen für Senioren

Das jährliche Veranstaltungsangebot des Seniorenamtes u.a. mit Großveranstaltungen, Sonderzugfahrten und Tanzveranstaltungen hat in Nürnberg schon Tradition und nach wie vor nichts von seiner Beliebtheit bei Senioren verloren. Aus vielen Gesprächen und Rückmeldungen werden als Motive für die Teilnahme u.a. genannt: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, man trifft viele Bekannte und kann auch neue Kontakte zu Gleichaltrigen knüpfen, „Tapetenwechsel“ und Erweiterung des Erfahrungshorizonts.

Seniorenarbeit orientiert sich hier an der Nachfrage, versucht durch Kooperationsarbeit aber auch Brücken zu anderen sozial-kulturellen Angeboten in der Stadt zu schlagen, um Hemmschwellen abzubauen. Wesentlich für den Erfolg sind die Nachmittagstermine und die Preisgestaltung, durch welche auch wirtschaftlich schwächere Senioren teilnehmen können.

Mit rund 18.000 Besuchern, die damit jährlich angesprochen werden, handelt es sich beim Veranstaltungsangebot immer noch um denjenigen Bereich in der Seniorenarbeit mit der größten Außenwirkung bei den älteren Bürgerinnen und Bürger selbst. Neben der Förderung von Kommunikation und von Kontakten tragen diese Angebote zur Steigerung der Identifikation mit der Stadt bei. Die Älteren möchten in „ihrem“ Gemeinwesen, in „ihrer“ Stadt ebenso wie andere Altersgruppen wahrgenommen werden. So wurde es z.B. sehr positiv aufgenommen, dass anlässlich des Stadtjubiläums mit dem Deutschen Seniorentag in Nürnberg auch eine Großveranstaltung für die Älteren im Innenstadtbereich stattfand.

➤ Künftiger Bedarf

Auch wenn im Einklang mit der Entwicklung der Nachfrage ein Wandel in der Form der Veranstaltungen stattfindet, wird es auch zukünftig großen Bedarf an diesen alters- und „millieuspezifischen“ Veranstaltungen geben.

Unterstützung von Seniorenclubs und –initiativen

In Nürnberg werden rd 280 aus privaten, kirchlichen, betrieblichen oder gewerkschaftlichen Verbindungen heraus entstandenen Seniorenclubs in freiwilligem Engagement von Älteren selbst geleitet. Die Angebote in diesen altershomogenen Treffpunkten „bedienen“ zwar vordergründig das Bedürfnis nach Geselligkeit und Unterhaltung, Information (z.B. Vorträge, Busfahrten) und Freizeitgestaltung (z.B. Feiern, Wandern), sie haben aber darüber hinaus eine wichtige präventive, weil sozial integrierende Funktion. Ältere Menschen, die sich an eher traditionelle, aus früheren Lebensbezügen vertraute Formen der Freizeitgestaltung binden, werden vielfach durch Angebote außerhalb dieses Umfeldes nicht erreicht.

Das Seniorenamt unterstützt die Seniorenclubs mit finanziellen Zuschüssen, durch regelmäßige Informations-Rundbriefe (z.B. über aktuelle Angebote), durch Beratung der Seniorenclub-Leiter und durch Vortragstätigkeiten in den Clubs. Jährlich organisiert das Seniorenamt als Anerkennung für die Clubleiter eine Informationsfahrt. Häufig ist das Seniorenamt schließlich als offizielle Vertretung des „Rathauses“ zur Anerkennung Ehrenamtlicher oder für Grußworte bei Jubiläen vor Ort. Dadurch wird das Interesse der Stadt für die Belange der älteren Bevölkerung wahrgenommen und gewürdigt.

Seniorentreffs als Zentren stadtteilnaher Netzwerke

Seniorenbegegnungsstätten unterscheiden sich von Altenclubs vor allem durch erweiterte Öffnungszeiten, durch eigene feste Räumlichkeiten und oft auch durch ein hauptamtlich abgestütztes breiteres Angebot. Seniorentreffs wie die beiden städtischen Einrichtungen Heilig-Geist und Bleiweiß sind Beispiele dafür, wie auch benachteiligte Ältere Kultur- und Bildungsangebote erhalten können. Die Kursangebote ermöglichen die Förderung kreativer Ressourcen und motivieren zu körperlicher Aktivität (z.B. Tanzen, Gymnastik, fernöstliche Entspannungsmethoden), und tragen zur Förderung neuer Interessen und Aktivitäten bei. Als Treffpunkt für verschiedene Selbsthilfegruppen dienen sie außerdem der Förderung von Selbsthilfeaktivitäten alter Menschen.

Eine Cafeteria mit preisgünstigem Mittagstisch ermöglicht einen niedrighschwelligem Zugang und unterstützt informell die soziale Einbindung der Besucher („ein Stück Heimat“). Die altershomogene Besucherstruktur gewährleistet eine hohe Bindung und Vertrautheit, so dass „beiläufig“ auch Beratung durch die Mitarbeiter möglich wird, ohne dass die psychologische Barriere überwunden werden muss, eine „Beratungsstelle“ in Anspruch zu nehmen.

➤ Künftiger Bedarf

Die Zahl der Altenclubs macht deutlich, dass noch immer grosser Bedarf für diese Angebote vorhanden ist. Das hohe Durchschnittsalter der Altenclubmitglieder stellt aber schon jetzt zunehmend höhere Anforderungen an die Betreuung und Organisation dieser Clubs. Den überwiegend ehrenamtlichen Betreuern der Altenclubs fällt es dadurch immer schwerer, diese Anforderungen zu erfüllen, so dass sie gerne auf professionelle Hilfe zurückgreifen. Deswegen muss zukünftig das ehrenamtliche Potential der Clubs durch z.B. Fortbildungen und Tipps für die Gestaltung der Gruppentreffen gestärkt werden.

Je magerer die Refinanzierung pflegerischer Leistungen wird, je weiter Bedarf und Finanzierung auseinander klaffen, um so wichtiger werden kleinräumige sozialen Unterstützungsleistungen. Es müssen deswegen wohnortnahe Stadtteilnetzwerke geschaffen bzw. gestärkt werden, um insbesondere der wachsenden Anzahl Hochaltriger Rechnung zu tragen.

Seniorentreffs sind hierfür wichtige dezentrale Stützpunkte für neue Kooperations- und Vernetzungsformen auf Stadtteilebene (z.B. die trägerübergreifende Zusammenarbeit der Heime, der Clubs, der ehrenamtlichen Besuchsdienste, der Sozialdienste). Darüber hinaus wird es - gemeinsam mit dem Stadtseniorenrat - auch Aufgabe sein, bei der Anpassung herkömmlicher oder generationenübergreifender Einrichtungen die Orientierung auf das Alter einzubringen und damit zusätzliche Stützpunkte zu schaffen.

7. Sicherung und Ausbau der Versorgungsstruktur

Was abstrakt klingt, hat sehr konkrete und weit reichende Folgen sowohl für Dienste und Einrichtungen wie auch für die älteren Nürnberger Bürger und deren Angehörige, die sie in Anspruch nehmen. Die Infrastrukturverantwortung erstreckt sich dabei nicht nur auf die quantitativen Aspekte. Ein zentrales Anliegen von kommunaler Seniorenpolitik ist – zusammen mit Kranken-, Pflegekassen und der kommunalen Heimaufsicht – auch die Sicherung der Versorgungsqualität.

Dieses Anliegen zieht sich – einem roten Faden gleich – durch alle Angebote und Maßnahmen und wird z.B. daran deutlich, dass das Seniorenamt als örtlicher Sozialhilfeträger in enger Zusammenarbeit mit den Kassen ein - verglichen mit dem übrigen Bayern - wesentlich strengeres Zulassungsverfahren von ambulanten Diensten zum Abschluss eines Versorgungsvertrages hat durchsetzen können. Ziel ist hier der Schutz von Verbrauchern, die in der Regel nicht in der Lage und oft zu vertrauensvoll sind, um die richtigen Fragen zu stellen.

7.1 Bedarfsplanung

Zum „Standardprogramm“ von Bedarfsplanung gehören Bestandsaufnahme und Bedarfsfeststellung; beides hat die Stadt Nürnberg/Seniorenamt in der Vergangenheit in regelmäßigen Abständen durch ein unabhängiges Institut mit zwei Zielsetzungen erheben lassen:

- ♦ Die **Bestanderhebung** macht allen Anbietern und (potentiellen) Investoren deutlich, welche Dienste und Einrichtungen es in welcher Ausprägung gibt und wie sich die einzelnen Bereiche im Zeitablauf verändert haben.
- ♦ Die **Bedarfsermittlung** macht deutlich, welche Entwicklungen es kurz- und mittelfristig in welchen Bereichen geben muss, um die Versorgung pflegebedürftiger Nürnberger Bürger sicher zu stellen.

Mit beidem wird die Basis für Unternehmensentscheidungen über Ausrichtung, Ausbau und ggf. Neukonzeption von Diensten und Einrichtungen erweitert. Bei der Bedarfsfeststellung konnte in der örtlichen Pflegekonferenz stets nicht nur das geforderte „Benehmen“ (also die eher "passive Kenntnisnahme"), sondern stets das "Einvernehmen“ (also die "aktive, einhellige Zustimmung") erwirkt werden.

➤ **Künftiger Bedarf:**

Die Ergebnisse der aktuellen Bedarfsermittlung werden dem Sozialausschuss am 8. Mai 2003 vorgestellt: Nürnberg ist im ambulanten und stationären Bereich auch mittelfristig gut ausgestattet. Bedarf an neuen Einrichtungen besteht im Bereich der Tagespflege und mit Einschränkungen, d.h. aufgrund der vermuteten Auswirkungen der Änderungen im Krankenhausbereich (DRGs), bei Kurzzeitpflegeeinrichtungen.

Über diese quantitativen Aspekte hinaus werden allerdings zukünftig qualitative Gesichtspunkte weiter an Bedeutung gewinnen. Das heißt,

- ♦ dass bei notwendigen Modernisierungen von Einrichtungen überlegt werden muss, ob so genannte „Ersatzneubauten“ mittelfristig nicht rentabler und „kundenfreundlicher“ sind.
- ♦ dass es nicht nur darum gehen kann, neue Einrichtungen zu schaffen, sondern dass unabhängig davon auch Konzepte umgesetzt werden müssen, die vornehmlich der stark anwachsenden Gruppe dementiell erkrankter Menschen Rechnung tragen.

Darüber hinaus muss nachgedacht werden, ob es nicht andere, „identifizierbare“ Kundengruppen gibt, für die ein gezieltes Angebot sinnvoll wäre, z.B. für pflegeintensive Patienten im Sinne des SGB V, Parkinson-, Osteoporose- (= sturzgefährdet) oder Schlaganfallpatienten.

Eine weitere Zielgruppe sind auch die zahlenmäßig starken Migrantengruppen, die nicht in gesonderten Einrichtungen, wohl aber im Zuge eines integrativen Ansatzes als „Ausrichtungsschwerpunkt“ innerhalb einer Einrichtung versorgt werden sollen und können.

7.2 Analyse der Auswirkungen von Rechtsänderungen

Wohl kaum ein Bereich war in den vergangenen Legislaturperioden so gesetz-, verordnungs- und rechtsprechungsintensiv wie der Gesundheits- und Altenhilfebereich (Pflegequalitätssicherungsgesetz, Pflegeleistungsergänzungsgesetz, Altenpflegegesetz, Novellierung des Heimgesetzes u. a.). Die Umsetzung dieser Gesetze und Verordnungen bedeuten für die Stadt, dass diese unter drei Gesichtspunkten analysiert werden müssen: Den Konsequenzen für Bürger, Dienste und Einrichtungen und - nicht zuletzt - für die Stadt selbst. Hier muss einerseits Grundsatz- und Grundlagenarbeit geleistet und andererseits konkrete Einzelprobleme für das Rechtsamt zur Lösung aufbereitet werden.

➤ Künftiger Bedarf:

Angesichts absehbarer weiterer Änderungen in den Bereichen SGB V und SGB XI, die einhergehen werden mit einem einschneidenden „Finanzierungswandel“, werden die Anforderungen in diesem Bereich zwangsläufig weiter steigen.

7.3 Umsetzung von Modellprojekten

Auch auf Bundesebene wurde erkannt, dass die demographische Entwicklung nicht nur im Bereich der sozialen Sicherungssysteme zu Veränderungen führen muss, sondern auch bei den „weicheren“ Leistungen. So wurde Nürnberg im Rahmen der „Altenhilfestrukturen der Zukunft“ als Modellstadt für „HomeCare“ ausgewählt. In solchen Fällen ist das Seniorenamt zentraler Ansprechpartner, schafft Verbindungen und moderiert Veränderungsprozesse.

Auch die **Zentrale Anlaufstelle Pflege**, ZAPf, ist ein Produkt des Strukturwandels im Altenhilfebereich. Ursprünglich als Initiative der Wohlfahrtspflege gestartet, ist ZAPf inzwischen – nicht zuletzt auf sanften städtischen Druck – eine Gesellschaft bürgerlichen Rechtes, die allen Einrichtungen, also auch privaten Anbietern, offensteht, wenn sie dies wünschen.

Auch wenn die Stadt Nürnberg allenfalls im Bereich der **Umsetzung** von Gesetzen und Verordnungen Einfluss nehmen kann, sehen es SenA und Stadtseniorenrat als ihre Aufgabe an, Fehlentwicklungen wenigstens deutlich zu machen. Zuletzt geschah dies am 13. Januar bei einer auf Initiative des Seniorenamtes mit dem Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum organisierten Tagung, bei der es um die bereits vorhandenen und drohenden Einbrüche in der ambulanten Versorgung ging.

Eine Auseinandersetzung mit diesem Thema ist deshalb notwendig, weil die Gefährdung der ambulanten Versorgung zwei – für die Betroffenen schmerzhaft – Folgen nach sich zieht:

- ♦ Die ambulanten Dienste können die notwendigen Hilfeleistungen nicht mehr ausreichend refinanzieren, was wiederum negative Auswirkungen auf die häusliche Versorgung hat.

- ♦ Hilfe – und Pflegebedürftige können nicht oder nicht ausreichend versorgt werden und müssen mittelfristig in für die Solidargemeinschaft teurere und vom Einzelnen wenig er wünschte Versorgungsformen ausweichen (z. B. Pflegeheime).

➤ **Künftiger Bedarf:**

Je enger finanzielle Spielräume sind, desto stärker steigen die Anforderungen an „Kreativität und Fantasie“. Ohne halbwegs ausreichende Mittel sind allerdings auch der Kreativität Grenzen gesetzt. Den Punkt auszuloten, bis zu dem kostengünstige adäquate Strukturen geschaffen werden können, aber ab dem finanzielle Investitionen eben doch notwendig sind, Alternativen abzuwägen und Konsequenzen aufzuzeigen, aber auch den Finger in die Wunden zu legen, die nicht allein durch Fantasie geheilt werden können, wird auch weiterhin eine wohl wachsende Aufgabe kommunaler Seniorenpolitik bleiben.

7.4 Finanzielle Förderung

Neben der mit der Bedarfsermittlung verbundenen **Investitionskostenförderung** von ambulanten Diensten, reicht die Stadt Nürnberg/Seniorenamt Fördermittel im Rahmen des „**Nürnberg-berger Netzwerkes Pflege**“ aus und verfolgt damit drei Ziele:

- ♦ Die Förderung von **Leistungen ambulanter Dienste**, für die es keine Refinanzierung gibt (Beratung in häuslichen Krisensituationen, organisatorische Hilfestellung beim Ausfüllen von Anträgen) ist ein Beitrag zur Sicherung der Qualität ambulanter Versorgung.
- ♦ Die Förderung von **Angehörigenarbeit erhöht** durch Entlastungsangebote die Bereitschaft zur Häuslichen Pflege durch Angehörige.
- ♦ Die Förderung der Arbeit **Ehrenamtlicher im Hospizbereich**.

➤ **Künftiger Bedarf:**

Bei knappen Kassen und stetigem Anwachsen der Zahl Hochaltriger, die den Löwenanteil pflegebedürftiger Menschen stellen, gilt es auch in Zukunft, die Potentiale pflegender Angehöriger zu stärken und die Leistungsfähigkeit ambulanter Dienste dauerhaft auf dem – bei gegebenen Rahmenbedingungen - höchst möglichen Niveau sicher zu stellen. Diese „laufende Aufgabe“ wird unter vier Aspekten zunehmende Bedeutung gewinnen:

- ♦ Die Fallpauschalen (DRGs) im Klinikbereich werden verstärkt Anforderungen an die Professionalität der Dienste vor allem in der Behandlungspflege stellen, da mehr und aufwändiger zu pflegende Menschen zu Hause versorgt werden wollen - und müssen.
- ♦ Im Sinne einer ganzheitlichen Versorgung und des Verhinderns von Pflegebedürftigkeit, die auch dann entstehen kann, wenn Menschen sich nicht ausreichend selbst versorgen können (putzen, einkaufen, kochen u. ä.) sollten Dienste auch verstärkt „weiche“, hauswirtschaftliche Leistungen im Vorfeld einer Pflegebedürftigkeit anbieten.
- ♦ Ein wesentlicher und aufwändiger Bereich ist die ambulante Versorgung dementiell Erkrankter. Auch hier gilt es - trägerübergreifend - Konzepte zu entwickeln. Gerade Menschen, die sich - körperlich und geistig eingeschränkt und allein stehend - nicht im angesprochenen „Pflegedschungel“ orientieren können, werden verstärkte Hilfen aus möglichst einer koordinierenden Hand benötigen.
- ♦ Es gilt zudem Strukturen zu schaffen, die durch Case-Management leicht zugänglich sind, kompetente Hilfen bieten können und die im Einzelfall über die Möglichkeiten von Beratungsstellen ("Komm-Struktur") hinaus gehen müssen.

7.5 Schaffung und Sicherung von Zugangswegen ins Versorgungssystem

Hier werden zwei Ziele verfolgt:

Zum einen sollen Bürger wie Einrichtungen gleichermaßen möglichst **eine** Anlaufstelle haben, von der aus sie notwendige Informationen und (falls nötig) ein „persönliches Hilfpaket“ bekommen bzw. in andere Einrichtungen (z. B. Tagespflege, Heime oder auch spezielle (Beratungs-)Stellen wie Angehörigenberatung, Gedächtnissprechstunde u. ä.) vermittelt werden.

Zum anderen soll denjenigen Gruppen der Zugang ins Altenhilfesystem erleichtert werden, die z. B. als Senioren nichtdeutscher Herkunft mit den komplexen Verfahren und dem schwierigen Vokabular (eine „Sachleistung“ z. B. bedeutet im Rahmen der Pflegeversicherung, dass Mitarbeiter/-innen eines Pflegedienstes Hilfe leisten) noch weniger zurecht kommen als deutsche Senioren

➤ Künftiger Bedarf:

Je differenzierter und komplexer Angebote werden und je komplizierter sich die Finanzierung von Leistungen der Altenhilfe und -pflege zusammen setzen, desto notwendiger ist Hilfe ohne ein (finanzielles) Eigeninteresse dessen, der sie gewährt. Dem Seniorenamt kommt hier eine besondere Rolle zu, da es - im Sinne des SGB V (Krankenversicherung) und des SGB XI (Pflegeversicherung) - weder Kostenträger noch Leistungserbringer ist. Angesichts der anstehenden Veränderungen ist es auch weiterhin von Nöten, die Interessen derjenigen zu vertreten, die dies selbst nur unzureichend vermögen.

Da in den nächsten Jahren auch immer mehr Migranten/-innen ins Seniorenalter kommen und - entgegen ihren eigenen Erwartungen - ihren Lebensabend in der Regel nicht in ihrem Heimatland verbringen werden, wird der in Nürnberg gepflegte "integrative Ansatz" in der pflegerischen Versorgung von Migranten/-innen, d. h. die Versorgung durch Regeldienste und nicht durch gesonderte Strukturen, in zwei Richtungen weiter ausgebaut werden müssen:

Die Vorbereitung von Diensten und Einrichtungen auf diese neue, in sich sehr heterogene Zielgruppe, muss ebenso fortgesetzt werden wie die gezielte Information und Hilfestellung für Multiplikatoren in der Migrationsarbeit wie auch für die Migranten selbst.

7.5 Schaffung von Markttransparenz

Die Frage der Sinnhaftigkeit, in einem von „Notsituationen“ geprägten Bereich einen "Markt" einzuführen, der eine Kompetenz voraussetzt, die weder von den Betroffenen noch von deren Angehörigen erwartet werden kann, wurde bereits oben angesprochen.

Mit regelmäßigen Veröffentlichungen des Seniorenamtes wird versucht, Bürgern wie Einrichtungen Hilfen, aber auch „Hilfe zur Selbsthilfe“ an die Hand zu geben:

Die Bestandserhebung: Die Bedarfsermittlung dient neben ihrem eigentlichen Zweck auch einer ausführlichen Bestandserhebung, die durch die ausführliche Erfassung verschiedener Merkmale und den Vergleich mit früheren Jahren, Entwicklungen deutlich macht und so den erfassten Einrichtungen auch die Möglichkeit gibt, ihrerseits Vergleiche anzustellen und ihre Marktposition genauer zu analysieren.

Mit diesem Service geht die Stadt Nürnberg auch deshalb über die "normale" Bedarfsberechnung hinaus, damit nicht nur geförderte Einrichtungen einen Nutzen haben, sondern alle, die die Mühen des aufwändigen Fragebogenausfüllens auf sich genommen haben.

Einrichtungslisten: Sie umfassen die Grundlegenden „Daten“ aller Einrichtungen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes; die Daten werden von der Beratungsstelle des Seniorenamtes kontinuierlich gepflegt und die Listen 3 - 4 Mal im Jahr neu aufgelegt, so dass die Bürger (aber auch Fachleute) eine jeweils aktuelle Übersicht bekommen können.

PflegeHeimatlas: Mit dem 2002 veröffentlichten PflegeHeimatlas bekommen Bürger einen ausführlichen, nach den fünf Planungsregionen aufbereiteten Überblick über Nürnbergs Heimlandschaft. Ausführlich werden die Einrichtungen beschrieben (Alter, Größe, Preise, Leistungen) und durch Besonderheiten (Freizeitangebote Übernachtungsmöglichkeiten für Angehörige, Angaben über die Infrastruktur "drum herum") ergänzt. Zudem gibt es einen ausführlichen Teil mit Antworten auf häufig gestellte Fragen, rechtlichen Hinweisen und Tipps zur Heimauswahl.

Studie zum Betreuten Wohnen: Die bundesweit erste Studie die einen lokalen Überblick über die einschlägigen Angebote gegeben hat, ist inzwischen „in die Jahre“ gekommen und konnte aus den bestehenden finanziellen und personellen Engpässen noch nicht wieder neu aufgelegt werden. Geplant ist dies für 2004.

Pflege- und Altenhilfefodienst für Fachleute (Pfiff): Seit nunmehr 5 Jahren erscheint der Pfiff vierteljährlich, der - als Forum in Nürnberg bestehender einschlägiger Träger, Einrichtungen und Gremien - Informationen, Neuerungen, Termine und sonstiges Wissenswerte für alle von den Entwicklungen in Altenhilfebereiche direkt oder indirekt Berührten (Kh, ASD, SHA, Kassen, Regierung von Mittelfranken, politische Entscheidungsträger etc. und natürlich alle Altenhilfeeinrichtungen) aufbereitet.

Ebenso wie die Leser kommen auch die Autoren aus allen Bereichen der Altenhilfe. Neben den Informationen dient der Pfiff dazu, das Netz der „lokalen Altenhilfeszene“ fester zu knüpfen und Verbindungsglied zwischen so unterschiedlichen Bereichen wie Sozialausschuss, Pflegekonferenz, Forum Altenhilfe, Krankenkassen und z. B. kleinen ambulanten Diensten zu sein.

Nicht zuletzt ist der Pfiff auch ein Beitrag zur **lokalen Qualitätssicherung**, weil kompakt über die örtlichen Gegebenheiten berichtet und damit z. B. das Wissen über Heime und besondere Konzeptionen in alle Einrichtungen transportiert wird oder deutlich gemacht werden kann, wie politische Entscheidungsstrukturen aussehen und an wen man sich mit welchem Problem wenden kann.

➤ **Künftiger Bedarf:**

Die Schaffung von Markttransparenz wird eine Daueraufgabe bleiben; die ständigen gesetzlichen Veränderungen, die zunehmenden Belastungen für Bürger wie Einrichtungen und der Wunsch vieler älterer Menschen und deren Angehörige, sich auf die weniger angenehmen Seiten des Alters vorzubereiten, verlangen nach klaren Informationen in einer immer komplexer und undurchschaubarer werdenden (Pflege)Welt. Dies gilt in einem besonderen Maße für Menschen, die zudem noch mit körperlichen und/oder geistigen und psychischen Einschränkungen zu kämpfen haben.

8. Direkte Partizipation der Senioren – Der Stadtseniorenrat

Senioren machen in der Regel mehr als andere Altersgruppen von ihrem Wahlrecht Gebrauch und stellen schon heute 35% der Wahlberechtigten. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beinhaltet in einem demokratischen Gemeinwesen über die Wahlen hinaus auch die Möglichkeit der Mitgestaltung durch direkte Artikulation und Durchsetzung von Interessen gegenüber Stadtrat, Verwaltung und überörtlichen Entscheidungsträgern.

Die absolute Zahl der Senioren, deren Anteil an der Bevölkerung, die daraus resultierende wachsende Bedeutung von Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe, die Notwendigkeit einer Lobby für diejenigen, die ihre Interessen nicht mehr artikulieren können und die Notwendigkeit der Sicherung der Qualität der Infrastruktur machen eine Partizipationsmöglichkeit über eine Seniorenvertretung erforderlich.

Nürnberg verfügt deswegen seit 1995 über einen demokratisch von Senioren gewählten 70köpfigen Stadtseniorenrat als öffentliche kommunale Einrichtung. Der Stadtrat hat mit einer Satzung die rechtlichen, mit der Schaffung einer Geschäftsstelle und deren Zuordnung zum Seniorenamt die räumlichen und organisatorischen und mit einem Haushaltstitel die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um diese Partizipation zu fördern und der Querschnittsaufgabe Seniorenpolitik Nachdruck zu verleihen.

Satzungsmäßige Aufgabe des Stadtseniorenrates ist die Interessenvertretung älterer Menschen

- durch Herantragen von Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen zu seniorenrelevanten Fragen an Rat und Verwaltung. Der Stadtseniorenrat hat in Seniorenfragen sowohl ein „quasi-Antragsrecht“, als auch das Recht, dazu im Stadtrat und in den Ausschüssen als Sachverständiger gehört zu werden.
- durch Aktionen und Veranstaltungen, durch die in Bürgerschaft und Öffentlichkeit um Verständnis für Seniorenbelange geworben, Senioren über sie betreffende Angelegenheiten informiert und so zu Auseinandersetzung mit Seniorenfragen angeregt werden.

Der Stadtseniorenrat arbeitet überparteilich, überkonfessionell und verbandsunabhängig. Die zweite, vierjährige Amtsperiode endet im September 2003. Der Stadtseniorenrat hat in diesen beiden Amtsperioden durch persönliches und kritisches Engagement und durch eine Vielzahl von Aktionen, Veranstaltungen und Interventionen in hohem Maß dazu beigetragen, den Interessen der Senioren auch über die Grenzen unserer Stadt hinaus Gehör zu verschaffen, den Interessenausgleich zwischen den Generationen zu befördern und damit Nürnbergs Profil als „Stadt für alle Lebensalter“ zu schärfen. In der politischen Landschaft ist der Stadtseniorenrat damit zu einem unverzichtbaren Bestandteil geworden.

Mit der Übertragung der Mitverantwortung über die neugeschaffene Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege wurde 1999 die Voraussetzung geschaffen, direkt als qualitätssicherndes Korrektiv am konfliktträchtigen Pflegemarkt zu agieren.

➤ Künftiger Bedarf:

Durch die demographische Entwicklung und die zu erwartenden Umbrüche in den Systemen der sozialen Sicherung wird die Bedeutung des Stadtseniorenrates als Interessenvertretung einer wachsenden Bevölkerungsgruppe, als Mitkontrolleur der Qualität von Angeboten und Diensten für Senioren und als Plattform für partizipatives bürgerschaftliches Engagement weiter steigen.

9. Fazit

Im Konzept und auch in der Umsetzung einer zukunftsorientierten kommunalen Seniorenpolitik ist Nürnberg im bundesweiten Vergleich sehr gut platziert. Nürnberg verfügt nicht nur über eine - quantitativ und qualitativ - gute offene, pflegerische und partizipative Infrastruktur, sondern auch über ein partnerschaftliches Klima zwischen den verschiedenen lokalen Trägern der Altenhilfe und Seniorenarbeit. Konzept, Organisation und Umsetzung werden von allen im Rathaus vertretenen Fraktionen unterstützt. Die Stadt Nürnberg hat sich aus diesen Gründen im Seniorenbereich mittlerweile einen sehr guten bundesweiten Ruf erworben.

Die zu Beginn des Berichtes aufgeworfenen Fragen wurden mit der Beschreibung dessen, was sich im Bereich der Seniorenpolitik in Nürnberg „tut“ und welcher Handlungsbedarf in den nächsten Jahren besteht, versucht, zu beantworten. Obwohl Nürnberg konzeptionell für die zukünftigen Anforderungen „gerüstet“ ist, wurde im Bericht auch deutlich, wo es in der Umsetzung schon heute Defizite gibt.

Im Sinne der unter Tz.3 formulierten beiden Grundlegenden Ziele und in kontinuierlicher Fortsetzung des begonnenen erfolgreichen Weges stehen in den nächsten Jahren vor allem folgende Aufgaben an, wenn man nicht Gefahr laufen will, von der demographischen Entwicklung eingeholt und via Sozialhilfe und Investitionskostenzuschüssen mit dann höheren Kosten konfrontiert zu werden:

- Der Beratungs- und Informationsbedarf wird quantitativ (mehr Senioren und betroffene Angehörige) und qualitativ (differenzierte Angebote, Wandel der sozialen Sicherungssysteme) steigen.
- Soziale Integration und soziale Kontakte müssen als sinnstiftender Beitrag zur Verhinderung von Isolation und Hilfebedürftigkeit stärker gefördert werden, um Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Partizipation im Alter zu erhalten.
- Ehrenamtliche und Selbsthilfepotentiale müssen verstärkt geweckt, gepflegt und jeweils stadtteilnah vernetzt werden,.
- Marktkompetenz der Senioren und Markttransparenz für die Beteiligten auf dem Pflege-, bzw. „Silbermarkt“ müssen umso mehr geschaffen und gestärkt werden, je mehr dort Markt entsteht.
- Die vorhandene Infrastruktur muss quantitativ dem wachsenden Bedarf angepasst werden und qualitativ vor allem an den Zugangswegen und Schnittstellen (Beratung, Vermittlung, Migration etc.), sowie in der Versorgung der wachsenden Zahl dementiell Erkrankter weiterentwickelt werden.

Kommunale Seniorenpolitik als Querschnitt- und als Fachaufgabe braucht gerontologische Fachkompetenz, um der Vielfältigkeit der „Senioren“ gerecht zu werden, denn schichtspezifische Unterschiede und die daraus resultierenden Lebenslagen und Lebensformen nivellieren sich im Alter nicht.

Kommunale Seniorenpolitik ist schließlich nicht nur eine Frage der individuellen Lebensqualität im Alter und der Infrastrukturverantwortung der Stadt. Sie muss auf dem Hintergrund der „Alterung der Gesellschaft“ auch deshalb ausgebaut werden, um sowohl die Überlastung der Solidarsysteme als auch unnötige finanzielle Mehrbelastungen der Kommunen zu verhindern.

II. Beilagen

Leitbild des Seniorenamtes
Organigramm des Seniorenamtes

III. Beschlußvorschlag

Entfällt, da Bericht

IV. Herrn OBM

V. Frau Ref. V

Am
Referat V